

Vorschlag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / CDU-Fraktion

Nr.: A 21/0112-01

Status: öffentlich

Datum: 01.02.2021

Homeoffice für Beschäftigte der Verwaltung und der städtischen Tochtergesellschaften

Vorschlag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und CDU für den Hauptausschuss am 4. Februar 2021.

Beratungsfolge:

<u>Gremium :</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Hauptausschuss	04.02.2021	Ö	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag: Aus aktuellem Anlass schlagen die Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und CDU vor, die Tagesordnung des Hauptausschusses um den Punkt "Homeoffice für Beschäftigte der Verwaltung und den städtischen Tochtergesellschaften" zu ergänzen und die genannten Fragen zu beantworten.

Sachverhalt: Beim jüngsten Pandemie-Gipfel der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin rückte das zuvor von vielen Seiten geforderte Homeoffice in den Blickpunkt. Am 27. Januar trat nun die Verordnung in Kraft, die vorsieht, dass Arbeitgeber ihren Beschäftigten grundsätzlich anbieten müssen, von zu Hause aus zu arbeiten – jedenfalls dort, wo das möglich ist. Das gilt auch für Stadtverwaltungen und städtische Tochtergesellschaften. Der Presse war auch zu entnehmen, dass der Publikumsverkehr im Bürgeramt für die Phase des Lockdowns eingeschränkt ist und Leistungen dort verstärkt online genutzt werden sollen.

Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und CDU bitten um einen Bericht über die bisherigen Erfahrung der Verwaltung und der städtischen Tochtergesellschaften mit dem Homeoffice. Insbesondere bitten wir um Klärung folgender Fragen:

- Wie stark ist in der Belegschaft das Interesse an Homeoffice?
- Können alle Beschäftigten mit Büroarbeitsplätzen zu Hause arbeiten oder gibt es technische Hürden, etwa fehlende Laptops, fehlende Lizenzen für Programme oder Bedenken hinsichtlich der Datensicherheit?
- Wie hoch wäre der finanzielle Aufwand, um die Flexibilisierung der Belegschaft umzusetzen?
- Könnte im Gegenzug auch Bürofläche gespart werden?
- Gibt es technischen Nachholbedarf für die online verfügbaren Angebote des Bürgeramtes und anderer Dienststellen und wenn ja, mit welchem finanziellem Aufwand wäre bei dieser Modernisierung zu rechnen?

Begründung:

Viele deutsche Ämter sind nicht in der Lage, die neuen Vorgaben fürs Homeoffice umzusetzen. Eine Umfrage der Welt am Sonntag bei 14 Großstädten und 16 Bundesbehörden ergab, dass dort teilweise weniger als die Hälfte von zu Hause aus arbeiten kann. Als Gründe für die Umsetzungsprobleme gaben die Verwaltungen überwiegend an, erst kürzlich Arbeitsgeräte wie Laptops und Server bestellt zu haben und nun vor Lieferengpässen zu stehen. Zudem seien viele Akten nach wie vor nicht digitalisiert, was Präsenzarbeit notwendig mache.

Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende

Anlagen: